



Gemeinsame Erklärung

***des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes
Nordrhein-Westfalen***

und der

Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen

**Für eine Willkommenskultur
für Investitionen und Arbeitsplätze in NRW**

Die Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen sind die Grundlage für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, für Wohlstand und für den sozialen Frieden in unserem Land. Nordrhein-Westfalen hat große wirtschaftliche Chancen und Potenziale – nicht zuletzt in der Digitalen Wirtschaft, bei der Industrie 4.0 und als kreative Ökonomie. Diese gilt es optimal zu nutzen und durch eine auf Wachstum, Innovation und Beschäftigung ausgerichtete Politik zu unterstützen. Wir wissen: Unser Land wird den Wettlauf unter den besten Zukunftsstandorten nur mit den Unternehmen gewinnen können.

Der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen steht in einem intensiven nationalen und internationalen Wettbewerb. In diesem Wettbewerb wollen wir deutlich stärker noch als bisher die wirtschaftlichen Chancen Nordrhein-Westfalens nutzen. Dabei hat unser Land immer noch die anhaltenden Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels zu bewältigen. Wir wissen aber auch: Unser Land kann mehr, wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft unserer Unternehmen stärken und die Talente der Menschen besser nutzen und fördern. Wir sind überzeugt, dass Nordrhein-Westfalen mit einer Willkommenskultur für Investitionen, Innovationen und Arbeitsplätze deutlich weiter nach vorne kommen kann.

Nordrhein-Westfalen wird sich auf Dauer gut entwickeln, wenn Unternehmen und Politik sich nicht als Gegner, sondern als Partner sehen, die sich gegenseitig vertrauen. Deshalb wollen wir in einen standortpolitischen Dialog über die Zukunftsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts Nordrhein-Westfalen eintreten. Als Grundlage für diesen Dialog halten wir folgende gemeinsamen Ziele und Überzeugungen in zehn Punkten fest:

1. Willkommenskultur für Unternehmen und Gründer schaffen

Wir wollen Menschen mit Tatkraft und Ideen in Nordrhein-Westfalen ermutigen, in bestehende Unternehmen zu investieren und neue zu gründen. Daher setzen wir uns für ein gesellschaftliches Klima ein, in dem unternehmerisches Engagement ausdrücklich gewollt und unternehmerische Leistung anerkannt werden. Neue Instrumente zur Förderung und Ansiedlung von neuen und jungen Unternehmen, vor allem von wissens- und technologieorientierten, werden zum Einsatz kommen. Gleichzeitig wollen wir zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um das wirtschaftliche Profil Nordrhein-Westfalens zu schärfen. Wir wollen gemeinsam Stolz auf die Leistungen der heimlichen Weltmarktführer aus Nordrhein-Westfalen vermitteln, die sich als Familienunternehmen oft in besonderer Weise für das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt in ihrer Region engagieren.

2. Zukunft des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen sichern

Nordrhein-Westfalen ist ein bedeutendes Industrieland und muss es bleiben. Gemeinsam wollen wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, mit den richtigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen die industrielle Entwicklung am Standort NRW zu fördern. Das Projekt „Dialog schafft Zukunft“ soll dabei weiterentwickelt und um ein „Leitbild Industrie“ ergänzt werden. Es gilt, die gesellschaftliche Akzeptanz von Industrie, Investitionen und Innovationen weiter zu stärken. Darüber hinaus wollen wir bewusst machen, wem die Beschäftigungsgewinne und das Wachstum der vergangenen Jahre vor allem zu verdanken sind: Industrie, Handwerk und Gewerbe. Nur mit hochleistungsfähigen, innovationsfreudigen Unternehmen wird es gelingen, die großen Zukunftsaufgaben des Landes zu meistern.

Innovative Unternehmen aller Branchen sind im Schulterschluss mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen dazu aufgerufen, sich an den Förderwettbewerben mit ihrer nationalen und internationalen Ausrichtung auf die Leitmärkte der Zukunft zu beteiligen. Dafür stehen bis 2020 insgesamt rund 640 Millionen Euro aus Mitteln des Landes und der EU als Finanzierungsgrundlage bereit.

3. Digitalisierung der Wirtschaft als Zukunftschance ergreifen

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat in ihrer Regierungserklärung im Januar 2015 zu Recht das Thema Digitalisierung als eine der zentralen Herausforderungen Nordrhein-Westfalens beschrieben. Ihre Chancen frühzeitig zu nutzen muss unser gemeinsames Ziel sein. Dazu bedarf es einer entschlossenen Allianz von Politik und Wirtschaft. Unser Land muss eine Vorreiterrolle einnehmen. Es gilt, massiv in digitale Bildung und Forschung zu investieren, Kooperationen von Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu fördern sowie die Wertschöpfungsnetzwerke in NRW zu erhalten und zu stärken. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen der weltweit führende Standort für Industrie 4.0 ist. Eine wesentliche Voraussetzung ist der beschleunigte Breitbandausbau in allen Regionen des Landes, ein weiteres wichtiges Instrument wird die „Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0“ sein, an der Politik, Wissenschaft und Wirtschaft – Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite – beteiligt sein werden.

4. Duale Ausbildung stärken, Fachkräfte sichern

Eine wissensbasierte Wirtschaft wie Nordrhein-Westfalen erfordert die Stärkung von Forschung und Innovation, Bildung und Qualifizierung. Besonders die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften entscheidet über die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Daher gilt es, die duale Ausbildung in NRW weiter zu stärken. Hierzu ist von zentraler Bedeutung, die Anstrengungen zur Verbesserung der Kompetenzen der Schulabgänger weiter zu intensivieren und die Berufsorientierung der jungen Menschen auszubauen. Benötigt werden zudem moderne, leistungsstarke berufsbildende Schulen als Partner der Betriebe in der dualen Ausbildung. Wir wollen außerdem einen Teil der Mittel der Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur vorrangig in die Ausstattung und Modernisierung von Bildungszentren der dualen Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung investieren. Die Fachkräfteinitiative der Landesregierung wird fortgeführt. Im Rahmen der Initiative wird die Landesregierung noch in 2015 einen gemeinsamen Projektauftrag aus ESF und EFRE zur Fachkräftesicherung starten. Dabei wird neben anderem das Gewicht auf dem Ziel einer höheren Erwerbstätigkeit von Frauen und Zugewanderten liegen. So können individuelle Aufstiegschancen genutzt und zugleich die Potentiale für die Volkswirtschaft gehoben werden.

5. Regionale Stärken ausbauen, regionale Schwächen überwinden

Der wirtschaftliche Erfolg des ganzen Landes entscheidet sich vor Ort in den Regionen. Gerade Nordrhein-Westfalen ist dabei aufgrund seiner Wirtschaftsgeschichte und -struktur sowie der unterschiedlichen Betroffenheit vom demografischen Wandel sehr heterogen. Daher bedarf es einer passgenauen Unterstützung der verschiedenen Regionen seitens des Landes, um starke, wettbewerbsfähige Regionen weiter zu stärken und schwächere Regionen in ihrem Aufholprozess zu begleiten. Wichtige Instrumente dafür, um im ganzen Land Stärken zu stärken und in den Fördergebieten Schwächen auszugleichen, sind der EFRE und die Gemeinschaftsaufgabe. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass die Bundesregierung die Regionalpolitik auf eine neue Grundlage stellen will. Nicht die Himmelsrichtung, sondern der Bedarf und konkrete Investitionsmöglichkeiten müssen über die Mittelverteilung entscheiden. Dabei wird auch neuen Gegebenheiten und Herausforderungen (z.B. Fachkräftesicherung, Breitbandausbau, Verfügbarkeit von Gewerbeflächen) stärker Rechnung zu tragen sein. Wir werden uns daher gemeinsam im Interesse von NRW in die Abstimmung zwischen Bund und Ländern einbringen. Der neue Landesentwicklungsplan muss die bedarfsgerechte Erweiterung und Ansiedlung von Gewerbebetrieben in den Regionen des Landes weiterhin verlässlich ermöglichen.

6. Für eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung

Das energiepolitische Zieldreieck ist nicht verhandelbar. Energie muss sicher, bezahlbar und sauber sein. Insbesondere die sichere Energieversorgung und wettbewerbsfähige Strompreise in Nordrhein-Westfalen sind ein zentraler Standortfaktor für unsere Unternehmen. Dies gilt insbesondere für die energieintensiven Industrien, die einen wesentlichen Beitrag zur industriellen Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen leisten. Wir bekennen uns gemeinsam zur Energiewen-

de. Sie kann aber nur zum Erfolg geführt werden, wenn der Strukturwandel gestaltet wird und Strukturbrüche vermieden werden. Ein Klimabeitrag ist dabei nicht der richtige Weg. Nationale Energieeffizienz- und Klimaschutzziele können zum Beispiel besser auf der Basis von Anreizinstrumenten, nicht von staatlichen Zwangsmaßnahmen erreicht werden.

7. Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur gewährleisten

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Die zentrale Lage unseres Landes bringt viele Chancen, aber auch große Herausforderungen. NRW braucht daher eine Infrastrukturoffensive, um Straßen, Schienen- und Wasserwege so auszubauen, dass sie den zunehmenden Güter- und Personenverkehr aufnehmen können. Wir fordern gemeinsam den Bund auf, Nordrhein-Westfalen entsprechend seiner Wirtschaftsleistung und Verkehrsbelastung deutlich stärker bei der Verteilung von Infrastrukturmitteln zu berücksichtigen. Wir benötigen eine Projektfinanzierung, die den Lebenszyklus der Infrastruktur in den Blick nimmt. In diesem Rahmen wird das Land die Nutzung privaten Kapitals (ÖPP) vorurteilsfrei prüfen, seine Planungskapazitäten erweitern und die Verkehrsplanungen beschleunigen. In einer Initiative für nachhaltige Infrastruktur wollen wir gemeinsam auf die Bedeutung bestimmter Vorhaben und die Folgen einer Nichtrealisierung hinweisen, um so die Akzeptanz in der regionalen Öffentlichkeit zu stärken. Wir brauchen Dynamik auf unseren Straßen, Wasserwegen, Häfen und Flughäfen für den Erfolg Nordrhein-Westfalens im internationalen Handel und im Rahmen weltweit vernetzter Wertschöpfungsketten.

8. Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft sichern und ausbauen

Wachsende Exporte und tausende Unternehmen in ausländischem Eigentum unterstreichen, wie intensiv Nordrhein-Westfalen weltweit verflochten ist. Die Globalisierung wird gerade für unser Land in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen – mit höheren Wachstumsbeiträgen des Außenhandels zum Sozialprodukt und mit steigenden Auslandsinvestitionen. In internationalen Handelsabkommen sehen wir ein wichtiges Mittel, um mehr Verlässlichkeit für Wirtschaft und Verbraucher zu schaffen. Wir befürworten Freihandelsabkommen wie TTiP und offene Märkte. Gleichzeitig wollen wir unseren Beitrag leisten, die entstandene Debatte sachlich zu führen, Ängste abzubauen und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen. Wir wollen, dass auch weiterhin die mit Abstand meisten ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland nach Nordrhein-Westfalen fließen. Um diese Position weiter auszubauen, gilt es neben der Direktakquise im Ausland auch die Bestandspflege ausländischer Investoren zu intensivieren sowie die Außenwirtschaftsförderung weiter zu stärken. Unternehmen, Cluster und Regionen im Land sind willkommen, sich in die Standortmarketing-Kampagne „Germany at its best“ einzubringen.

9. Dialog von Wirtschaft und Politik intensivieren

Mit dem Mittelstandsförderungsgesetz Nordrhein-Westfalen und der Clearingstelle Mittelstand hat die Landesregierung die Grundlage für eine neue Dialogkultur zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung geschaffen. Diesen Prozess gilt es zielgerichtet fortzusetzen, zu verbreitern, zu vertiefen und auch sichtbarer zu machen. Die Erfassung des Erfüllungsaufwands, der in den Unternehmen mit der Umsetzung von Rechtsnormen verbunden ist, kann helfen, das Gespräch über den notwendigen Bürokratieabbau zu versachlichen. Wir sind überzeugt, dass ein regelmäßiger und tiefgehender Dialog über die Grundsätze der Wirtschaftspolitik ebenso wie über die Mittelstandsverträglichkeit konkreter Gesetzes- und Verordnungsvorhaben der Entwicklung des Wirtschaftsstandorts NRW gut tut. Dies gilt ausdrücklich auch in den Fällen, in denen Politik und Wirtschaft unterschiedlicher Meinung sind.

10. Nordrhein-westfälische Interessen gemeinsam vertreten

Die neue Dialogkultur zwischen Wirtschaft und Politik wollen wir nutzen, um in Zukunft stärker als bisher die berechtigten Interessen unseres Landes, der Wirtschaft und der Beschäftigten gemeinsam zu vertreten, sei es bei den europäischen Institutionen in Brüssel oder beim Bund in Berlin. Denn viele Vorschriften entstehen auf europäischer oder auf der Bundesebene, ohne dass die spezifischen Interessen der nordrhein-westfälischen Unternehmen rechtzeitig und ausreichend berücksichtigt werden. Hier wollen wir besser werden, indem wir unsere jeweiligen Vertretungen und Initiativen in Brüssel und Berlin eng vernetzen, um uns dort in wirtschafts-politische Debatten früher, hörbarer und wirksamer einzuschalten. Dabei wollen wir auch das vorhandene „Frühwarnsystem Europa“ intensiver nutzen.

Düsseldorf, den 22.6.2015

Horst-Werner Maier-Hunke

Präsident

unternehmer nrw

Garrelt Duin

Minister für Wirtschaft, Energie,

Industrie, Mittelstand und Handwerk

des Landes Nordrhein-Westfalen